

Die Allmacht der Funktionärshierarchie in der SED

Das hierarchische System der SED war gekennzeichnet durch das stalinistische Kadersystem mit ausgeprägtem Zentralismus und strengster Parteidisziplin für die Mitglieder. Jeder, der Mitglied dieser Partei werden wollte, hatte in einer anfangs zwei- später dreijährigen Kandidatenzeit in erster Linie zu lernen, sich bedingungslos der Partei, was nichts anderes bedeutete als den Funktionären oder Nomenklaturkadern, unterzuordnen. Was stellten diese Kader dar, und worin bestand ihre Macht? Hierauf soll in diesem Beitrag näher eingegangen werden.

Nomenklaturkader der SED mit parteiinterner Struktur

Die Kadernomenklatur der Bezirksleitung der SED sowie der Kreisleitung der SED wurde auf der Grundlage eines Beschlusses des Sekretariats des Zentralkomitees der SED gebildet und konnte nur durch Beschluß dieses Gremiums verändert werden. Nomenklaturkader der SED waren der Kern in der Partei.

Als Nomenklaturkader galten SED-Mitglieder, die eine herausgehobene Stellung im Apparat der Partei einnahmen oder für eine solche vorgesehen waren. Grundlage für die Aufnahme in diesen Kreis war ein Beschluß des Sekretariats auf der jeweiligen Ebene, auf der ein Einsatz des Kaders vorgesehen war. Deshalb wurde unterschieden in Nomenklaturkader des Zentralkomitees, der Bezirksleitung und der Kreisleitung der SED. In diesen Kreis der Nomenklatur wurde ein Genosse aufgenommen, wenn er die erforderlichen Voraussetzungen erfüllte, die für die Ausführung der Funktion, für die er vorgesehen war, auch erfüllte. Das waren im einzelnen: 1. Absolute Ergebenheit gegenüber der Partei, was in der Forderung kulminierte, jeden Auftrag bedingungslos zu erfüllen; 2. Maßstab des individuellen Handelns mußte die Anerkennung sein, daß die Partei über das Wahrheitsmonopol verfügte und dementsprechend immer recht hatte; 3. Freundschaft zur Sowjetunion und Anerkennung des stalinistischen Modells des Sozialismus als einzige Möglichkeit für die Verwirklichung des »realen Sozialismus« in der DDR; 4. Haß gegenüber dem Imperialismus, der als Feind der Menschheit galt und dessen wichtigste Vertreter der Imperialismus der Bundesrepublik und der USA waren.

Nomenklaturkader des Zentralkomitees auf der Ebene der Bezirksleitung der SED waren die Sekretäre der Bezirksleitung, die Vorsitzenden der Bezirksparteikontrollkommission und der Bezirksrevisionskommission. Ihre Berufung bzw. Abberufung in der Funktion erfolgte nur nach einem Beschluß des Sekretariats des ZK der SED. Weiterhin gehörten zur Nomenklatur der Bezirksleitung die Abteilungsleiter und ihre Stellvertreter sowie jene Genossen, die in die Kaderreserve der Bezirksleitung aufgenommen waren und für eine spätere hauptamtliche Funktion im Apparat der Bezirksleitung vorgesehen waren. Dabei war es gleichgültig, welche Tätigkeit sie ausübten. Die Sekretäre der Massenorganisationen FDJ, FDGB, DSF, Kulturbund, VdgB, VKSK, Volkssolidarität, Bezirksausschuß für Jugendwei-

he und URANIA gehörten ebenfalls zu den Nomenklaturkadern der Bezirksleitung der SED. Hinzu kommen noch die Spitzenfunktionäre des Staatsapparates, wie der Vorsitzende des Rates des Bezirkes und der Vorsitzende der Bezirksplankommission, die dem Sekretariat der Bezirksleitung angehörten, sowie auch die Stellvertretenden Vorsitzenden soweit sie der SED angehörten. Waren sie Mitglied einer Blockpartei, bedurfte es der Zustimmung des Sekretariats der Bezirksleitung, wenn eine solche Funktion eingenommen werden sollte. Zur Nomenklatur der Bezirksleitung gehörten die Führungsoffiziere der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit und der Bezirksdirektion der Deutschen Volkspolizei (BDVP). Weiterhin zählten zur Kadernomenklatur der Bezirksleitung die Parteisekretäre wichtiger bezirklicher Institutionen und Betriebe. Zur Nomenklatur der Bezirksleitung gehörten auch die Chefredakteure der bezirklichen Parteizeitungen, ebenso die Redakteure und der Direktor der im Bezirk vorhandenen Rundfunk- bzw. Fernsehstationen. Auf kreislicher Ebene wurde die Struktur der Nomenklatur der Kreisleitung in gleicher Weise gebildet wie im Bezirk.

Um in den Kreis der Nomenklaturkader aufgenommen zu werden, gab es eine Rangfolge in der Bewertung der Genossen. In der ersten Etappe nach dem Krieg wurde der aktive Widerstand gegen die NS-Diktatur als wichtigstes Kriterium für die Aufnahme in die Kadernomenklatur gewertet. Dabei war es begünstigend, wenn der Genosse entweder eine Haftstrafe verbüßt hatte und im KZ war oder wenn er am spanischen Bürgerkrieg teilgenommen hatte und anschließend ins sowjetische Exil gegangen war. Weniger günstig für eine Karriere war ein Exil in westlichen Staaten oder gar eine Teilnahme am Widerstandskampf der jugoslawischen Partisanen. Die Landesleitung der KPD hat beim Wiederaufbau der Partei 1945 hierzu detaillierte Aufstellungen angefertigt.

Nachdem die Generation der aktiven Widerstandskämpfer aus der Nomenklatur ausschied, waren deren Kinder für führende Funktionen in der SED privilegiert. Hinzu kamen jedoch mehr Genossen, die sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit in »Bewährungssituationen« wie beispielsweise bei der Zwangsvereinigung von SPD und KPD, im Kampf gegen den Titoismus oder bei Einsätzen in den Westzonen nach den Vorstellungen der Parteiführung »parteilich« verhalten hatten. Ein wichtiges Kriterium für die Aufnahme in die Nomenklatur war die Arbeit in der FDJ, sie war Kaderschmiede und galt als »Helfer und Kampfreserve der Partei«. Wer bereits in der FDJ eine Karriere machte - die Sekretariatsmitglieder der Kreis- oder Bezirksleitung wurden bereits in die jeweilige Nomenklatur aufgenommen - galt als Kader für die Partei und wurde in entsprechender Weise gefördert. Aber auch hauptamtliche Instruktoren oder FDJ-Mitglieder ehrenamtlicher Gremien, wie der Kreis- oder Bezirksleitung der FDJ galten, je nach Befähigung, als potentielle Kader für den Parteiapparat. Da die Arbeit mit den Kadern ein absoluter Schwerpunkt in der Parteiarbeit darstellte, gab es in den Kreis- bzw. Bezirksleitungen Kaderkommissionen, die vom 2. Sekretär geleitet wurden. Auf der Ebene der Bezirksleitungen gehörten die-

sen Kaderkommissionen an: 2. Sekretär, die Abteilungsleiter der Bezirksleitung und der Schulleiter der Bezirksparteischule. Aufgabe dieser Kaderkommission, die dem Sekretariat der Bezirksleitung unmittelbar unterstand, war es u.a. die Kadernomenklatur zu erarbeiten, darüber zu wachen, daß diese ständig ergänzt wurde und die Kader in entsprechender Weise nach einem Kaderentwicklungsprogramm eingesetzt wurden. Diese Kommission leistete die grundlegenden Vorarbeiten für das Sekretariat, wo nach einem Beschluß der Einsatz der Kader erfolgte.

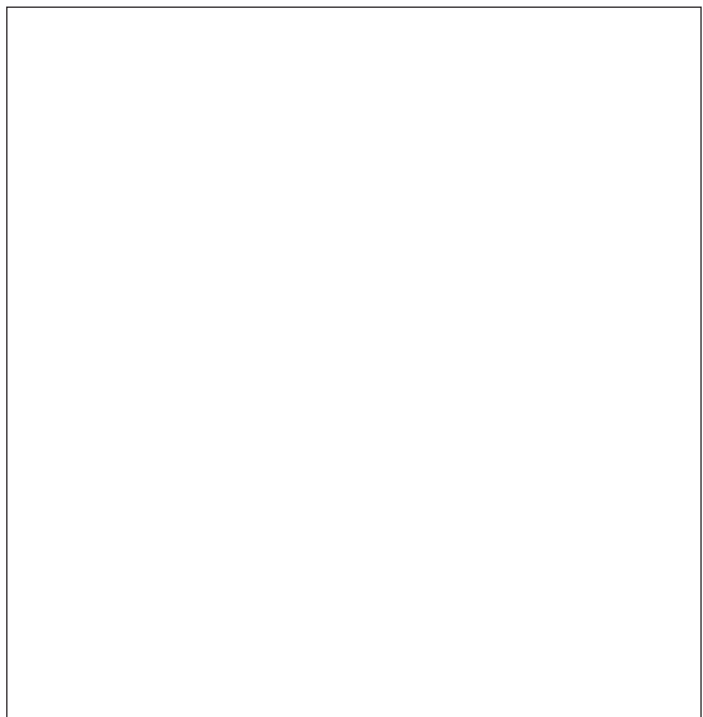
Eine wichtige Voraussetzung für den vorgesehenen Einsatz als Nomenklaturkader der SED war die politische Qualifizierung, die der fachlichen Ausbildung folgte und als unmittelbare Vorbereitung für den Einsatz als hauptamtlicher Parteikader galt. Diese politische Qualifizierung begann in der Regel bereits in der FDJ. Der Zentralrat der FDJ unterhielt zu diesem Zweck »Sonderschulen des Zentralrats der FDJ«. Die für die Nordbezirke befand sich in Grambow bei Schwerin. In einer dreimonatigen Ausbildung bekamen hier die künftigen hauptamtlichen Mitarbeiter der FDJ Grundlagen des Marxismus-Leninismus vermittelt. Wichtiger aber war die parteiliche Erziehung. Jeder Absolvent der Schule sollte bereits hier seine Treue zur SED bekennen und geloben, jeden Auftrag von Partei und Jugendverband zu erfüllen. Wer sich in der hauptamtlichen Funktion in der FDJ »bewährte«, bekam die Möglichkeit eines einjährigen Schulbesuches an der »Jugendhochschule der FDJ« oder bei besonderer Eignung für die Partei- und FDJ-Karriere an der »Komsomolhochschule in Moskau«.

Die SED-Bezirksleitungen unterhielten je eine Bezirksparteischule, die auf Beschluß des Zentralkomitees Ende der 70er Jahre in Rostock, Neubrandenburg und Schwerin mit hohem Aufwand neu gebaut wurden. An diesen Bezirksparteischulen erfolgte die Qualifizierung der Kader der Bezirks- und der Kreisleitungen in unterschiedlich strukturierten Lehrgängen. Der Jahreslehrgang diente parteilichen Erstqualifizierungen der Parteikader. An ihm nahmen Mitglieder teil, die bereits eine hauptamtliche Funktion im Parteiapparat, den gesellschaftlichen Organisationen, des Staatsapparates oder der Sicherheitsorgane ausübten und auch solche, die für eine solche Tätigkeit vorbereitet werden sollten. Qualifiziert wurden aber auch solche Mitglieder, die vorerst nur ehrenamtliche Funktionen in Parteileitungen auszuüben hatten. Der Jahreslehrgang wurde auch als ein zweijähriges Fernstudium durchgeführt. An ihm nahmen vorrangig Frauen und Parteimitglieder teil, die bereits Leitungsfunktionen im Staatsapparat oder gesellschaftlichen Organisationen ausübten. An einem Jahreslehrgang an der BPS im Direktstudium nahmen ca. 80 Mitglieder teil, die von den Kreisleitungen delegiert und durch das Sekretariat der Bezirksleitung bestätigt wurden. Für jeden gab es einen Einsatzvorschlag nach dem Schulbesuch, der durch eine Beurteilung über das parteiliche Verhalten während des Lehrganges durch Lehrer an der Parteischule und ein Kadergespräch durch die delegierende Kreisleitung bestätigt oder in einigen Fällen auch abgelehnt wurde. Entscheidend war jedoch die absolute Bereitschaft des Genossen, jeden Auftrag der Partei bedingungslos zu erfüllen, was in einer schriftlichen Erklärung von ihm verlangt wurde.

An der BPS wurden weiterhin noch drei Monate dauernde Lehrgänge, Weiterbildungslehrgänge für die Nomenklaturkader und solchen, die sich in der Kaderreserve befanden und Lehrgänge für Ausländer aus den Entwicklungsländern durchgeführt, wobei jede BPS einen festgelegten Kreis von Entwicklungsländern hatte.

Jede Bezirksparteischule hatte ca. 60-80 Lehrer, die Nomenklaturkader der Bezirksleitung waren. Geleitet wurde die BPS von einem Schulleiter, der durch das Sekretariat des ZK bestätigt wurde. Die Lehrer waren bestimmten Lehrstühlen zugeordnet, die dem Lehrprogramm, der Vermittlung des Marxismus-Leninismus und der praktischen Parteiarbeit entsprachen. Die wichtigsten Lehrstühle waren: Marxistisch-leninistische Philosophie, politische Ökonomie, wissenschaftlicher Kommunismus, Parteaufbau, Geschichte der Arbeiterbewegung. Die Leiter der Lehrstühle gehörten der Schulleitung an.

Die Lehrer hatten in der Regel die parteiliche Qualifizierung, Parteihochschule der SED oder der KPdSU, absolviert und waren zum Teil promoviert. Außerdem verfügten



sie über ein abgeschlossenes Hochschul- oder Universitätsstudium. Viele von ihnen hatten eine Ausbildung als Lehrer. Entscheidende Voraussetzung, um als Lehrer an der BPS arbeiten zu können war, eine umfangreiche Erfahrung im Parteiapparat. Oft waren Lehrstuhlleiter und Lehrer vor ihrem Einsatz an der BPS Mitarbeiter der Bezirksleitungen oder Sekretäre von Kreisleitungen.

Als Nomenklaturkader der Bezirksleitung wurde der Einsatz der Lehrer bzw. Lehrstuhlleiter nach den Erfordernissen in der Parteiarbeit gelenkt. Ihre Lehrtätigkeit war in der Regel eine Tätigkeit auf Zeit. Sie konnten nicht nur im Parteiapparat eingesetzt werden sondern auch in Massenorganisationen. Darüber hinaus gab es auch Anforderungen der Parteihochschule, der Jugendhochschule und Instituten des ZK, die in Abstimmung mit dem Sekretariat der Bezirksleitung bei entsprechender Eignung auch erfüllt wurden. Wer zum Kreis der Nomenklaturkader der Kreis- oder Bezirksleitung gehörte, war in der Regel »der Partei treu

ergeben«. Dennoch ist festzustellen, daß mit Beginn der 80er Jahre das kritische Potential auch in diesem »Kern der Parteiarbeiter« zunahm. Gelegentlich führte das bei einigen Kadern sogar zu oppositionellen Haltungen, die durch Parteiausschluß und Verstoß aus dem Kreis der »Auserwählten«, der Nomenklatur führte.

Das System der inneren Überwachung durch die Parteikontrollkommissionen

In den Kreis- und Bezirksleitungen der SED gab es Parteikontrollkommissionen, deren Aufgabe es war, über die Einheit und Reinheit der Partei zu wachen und jeglichen Widerstand gegen die führende Rolle der SED zu brechen. Die Vorsitzenden der Kontrollkommissionen gehörten den jeweiligen Sekretariaten an und waren in dessen Auftrag tätig. Der Kommission gehören auf bezirklicher Ebene 8-10 Mitglieder an, von denen der Vorsitzende und sein Stellvertreter zur Kadernomenklatur der Bezirksleitung gehörten und hauptamtlich im Parteiapparat tätig waren. Die übrigen Mitglieder kamen aus unterschiedlichen Betrieben und Institutionen. Sie mußten vor allem »erfahrene Parteiarbeiter und der SED bedingungslos ergeben sein«.

Die PKK wachten über die Einhaltung des Parteistatuts. Sie überprüften regelmäßig die Mitarbeiter des Parteiapparates und niemand war von dieser Überprüfung ausgenommen. Dabei ging es in erster Linie um die Treue zur Partei und um die Fähigkeit, die Parteifunktion auszuführen. Nach vorgegebenen Kriterien wurde die Überprüfung der Verlässlichkeit der Kader vorgenommen. Das waren: Anerkennung der Führungsrolle der SED, Unterordnung unter

Regelmäßig wurden der Staatsapparat, Betriebe, Organisationen und Institutionen sowie deren Mitarbeiter überprüft. Dabei ging es um die einzelnen Mitarbeiter und ihr Verhalten als Staatsfunktionäre, aber auch um die Leitungstätigkeit. Überprüft wurde sowohl die Einhaltung der Arbeitszeit als auch die Einhaltung von »Ordnung und Sicherheit«. Schreibtische wurden nach Alkohol durchsucht. Verfehlungen wurden protokollarisch festgehalten und den Sekretariaten zur Auswertung mitgeteilt. Häufig wurden Leiter und Mitarbeiter, wenn sie Mitglied der SED waren, mit Parteistrafen belegt.

Die Bezirksparteikontrollkommissionen (BPKK) gab den Kreisparteikontrollkommissionen (KPKK) vor, nach welchen Schwerpunkten Überprüfungen vorgenommen werden sollten und wie Bericht zu erstatten sei. Dabei ging es nicht zu sehr darum, die tatsächlichen Probleme aufzuzeigen, deren Ursachen aufzudecken und Veränderungen einzuleiten sondern die Qualität des Berichtes war offenbar das Entscheidende. So heißt es in einer Wertung der BPKK Schwerin zur Arbeit der KPKK: »Es muß durch alle KPKK verstärkt darauf geachtet werden, daß die festgestellten Probleme und Erscheinungen auf der Grundlage der Beschlüsse der Partei politisch gewertet und beurteilt werden, daß Ursachen und Zusammenhänge herausgearbeitet werden und daß das unanfechtbar und eindeutig in den Berichten sichtbar wird.«

Ebenso trifft für alle KPKK zu, daß mit den Berichten noch stärker die Verantwortung leitender Parteiorgane, des Staatsapparates und gesellschaftlicher Organisationen, die für die Anleitung und Unterstützung der betreffenden GO Verantwortung tragen, herausgearbeitet wird.«

Über die Ergebnisse einer Untersuchung der zentralen

PKK im Kreis Perleberg heißt es: »Auf der Grundlage von Berichten der KPKK Perleberg wurde die ZPKK über verschiedene Erscheinungen parteiwidrigen Verhaltens von Parteimitgliedern im Kreis Perleberg, insbesondere in Betrieben und Dienststellen der Reichsbahn in Wittenberge informiert. Daraus geht hervor, daß im Verlauf dieses Jahres parteifeindliche Auffassungen und knieweiches Verhalten bei mehreren Parteimitgliedern auftraten.« Und an anderer Stelle heißt es: »Andererseits machte die Untersuchung deutlich, daß sich unter den Wirkungen der verschärften Klassenauseinandersetzung

mit dem Imperialismus vereinzelt Mitglieder von der Partei entfernen, parteifeindliche Positionen einnehmen und Verrat üben. Es gibt einzelne Fälle, wo Parteimitglieder den höheren Maßstäben und Forderungen an einen Kommunisten nicht mehr gerecht werden. In den Grundorganisationen, in denen darauf richtig reagiert wurde, bestätigte sich: Wo die Parteiorganisationen sich von parteifeindlichen Elementen und knieweiche Gewordenen trennen, die politische Auseinandersetzung offensiv führen und Verletzungen des Statuts nicht zulassen, tragen sie

die Ziele der Partei, Haltung zum proletarischen Internationalismus und sozialistischen Patriotismus, was in erster Linie die Haltung zur KPdSU und dem realen Sozialismus der DDR beinhaltete, Feindschaft und Haß gegenüber dem Imperialismus. Erwartet wurde aber auch eine gewisse moralische Integrität, wie z.B. Vermeidung von Alkoholismus, Achtung der Familie - Erziehung der Kinder im Geiste der Partei, solides Eheleben, Bescheidenheit in der Öffentlichkeit, d.h. nicht über dem Durchschnitt der übrigen Bevölkerung leben.

zum Schutz der Einheit und Reinheit und zur Erhöhung der Kampfkraft der Partei bei.«

Zur Form der Berichte ist festzustellen, daß Rang- und Reihenfolge der Signale stärker zu beachten sind und auf dieser Grundlage der Bericht aufgebaut wird. Es ging also primär um den Bericht und seiner Möglichkeit, die Wirklichkeit so darzustellen, daß sie in die Beschlüsse der Partei hineinpaßte. Das Ergebnis war in der Regel Schönfärberei, Verschweigen von Schwierigkeiten selbst von Instanzen der Partei, die sich selbst als Kontrollinstanzen bezeichneten. Berichte waren in der Regel so abgefaßt, daß eine positive Aussage vorhanden war. Dabei wurde die Wirklichkeit, wenn es erforderlich war bis zur Unkenntlichkeit manipuliert. In einem Bericht an die ZPKK aus dem Jahre 1986 kam die BPKK nicht umhin festzustellen, daß die Parteiverfahren von 739 im Jahre 1982 auf 768 1986 angestiegen waren. Hervorgehoben wurde aber, daß es einen Rückgang bei Streichungen gab. »Dieser Rückgang steht im Zusammenhang mit der Kontrolle der Parteidokumente, der Registratur der Mitglieder und Kandidaten und den damit verbundenen vertrauensvollen Gesprächen im Jahre 1985.« 1985 war aber ein Höchststand von 384 Streichungen registriert, was jedoch nicht kommentiert wurde. Das »vertrauensvolle Gespräch«, d.h. die Betonung der eigenen Leistung, wurde in den Vordergrund gerückt.

Schwerpunkt in der Arbeit der Kontrollkommissionen war die Überwachung der Parteimitglieder und die Ahndung der Verletzung des Parteistatuts. Dabei wurden die Verfehlungen wie folgt eingestuft: 1. Feinde des Sozialismus und der Partei. Als solche wurden alle behandelt, die »illegal die Republik« verlassen hatten und außerdem jene, die zu erbitterten Kritikern des Sozialismus und der SED-Politik geworden waren. Sie wurden als »Opportunisten und Revisionisten«, Agenten, Spione, Verräter und Fraktionisten bezeichnet. Für sie gab es die Parteistrafe - Ausschuß aus der SED und Arbeitsplatz- oder Funktionsentzug. In einer Analyse der Parteiverfahren aus dem Jahre 1986 aus dem Bezirk Schwerin wird eine Übersicht über die Parteistrafen von 1982 bis 1986 gegeben. Danach ist mit 14 Fällen 1982 gegenüber 26 1986 nahezu eine Verdoppelung der »Partei- und staatsfeindlichen Handlungen« festgestellt. Im einzelnen gibt es folgende »Delikte«:

- Partei- und staatsfeindliche Hetze	2
- Antikommunismus / Antisowjetismus	2
- Opportunismus und Revisionismus	1
- Nationalismus	1
- Überlaufen zum Klassenfeind	20

»Von den 20 Parteiverfahren wegen Überlaufens zum Klassenfeind einschließlich des Versuchs wurde gegen 14 ehemalige Genossen das Parteiverfahren durchgeführt, weil sie Verrat an unserer Republik begangen haben. Sie stellten den Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR und Übersiedlung in die BRD.«

2. Handlungen, die Einheit und Reinheit der Partei gefährden bzw. stören. Hierzu zählten die Verletzung von Partei- und Staatsdisziplin, kriminelle Handlungen, Claquebildung, Intriganten, Karrieristen, Fragebogenfälscher sowie Versöhnler. In der zitierten Analyse der BPKK Schwerin sind hierzu 68 Parteistrafen 1982, 1985 ein Anstieg auf 79 und 1986 34 aufgeführt. Hervorgehoben werden hier 18 Parteistrafen wegen »Verletzung der Klassenwachsamkeit, des Geheimnisschutzes, prinzipienloses, liberales und kapitulantenhaftes Verhalten« und 5 Parteistrafen wegen »Verlassen des Klassenstandpunktes durch Einflüsse der bürgerlichen Ideologie.« Kritik von Genossen

an der Versorgungs- und Preispolitik wurde als »prinzipienlose Nörgelei« bezeichnet. »So vertrat zum Beispiel Marion Konerow, VEB Lederwerke Neustadt-Glewe, falsche ideologische Positionen. Sie betrieb prinzipienlose Nörgelei gegen unsere Massenmedien, gegen die marxistisch-leninistische Qualifizierung an der Kreisschule Marxismus-Leninismus und die Kandidatengewinnung, gegen das Angebot von Waren in sowjetischen Magazinen und gegen die Versorgungs- und Preispolitik der Partei.« Einem Genossen Freitag, Offizier der Deutschen Volkspolizei wurde vorgeworfen, mehrere Jahre Kontakt zu Bürgern der BRD unterhalten zu haben. »Er unternahm keine Anstrengungen, um eine ideologische Beeinflussung durch Massenmedien der BRD in seiner Familie zu unterbinden. Bei der dazu geführten Auseinandersetzung in der Grundorganisation wurde eine ungefestigte politische Grundhaltung zu Fragen der Abgrenzung sichtbar.« Einem anderen Genossen wurde vorgeworfen: »Politisch sorgloses Verhalten durch den Genossen Waschulewski, indem er die politische Wachsamkeit, wie sie von jedem Genossen im Statut gefordert wird, gröblichst verletzt hat. Er hatte Kenntnis von partei- und staatsfeindlichen Äußerungen, in denen auch Positionen vertreten wurden, die zum Ziel hatten, die DDR illegal zu verlassen. Durch ihn wurden nicht die entsprechenden Informationen gegeben.«

3. Verletzung der Normen des Parteilebens und sozialistischer Verhaltensweisen, wozu säumige Beitragszahlung, Anmaßung von Kompetenzen, Unberechtigtes Benutzen von Dienstaussweisen usw. gehörte. In dem Bericht der BPKK Schwerin wird insbesondere hervorgehoben, daß im Berichtszeitraum der Alkoholmißbrauch durch Genossen zugenommen hat. Als besonders verwerflich galt der Alkoholmißbrauch von jenen Genossen, die als Leiter tätig waren und eine »Vorbildfunktion« zu erfüllen hatten. »Der Ärztliche Direktor der Poliklinik Sternberg und die Fachärztin für Innere Medizin des Kreiskrankenhauses Crivitz haben über einen längeren Zeitraum während der Arbeitszeit Alkohol getrunken, das sich soweit entwickelte, daß sie sich einer Entziehungskur unterzogen haben.« Aber nicht nur, daß hier »Genossen Ärzte versagten«, was schon schlimm genug war, auch die Grundorganisation versagte. »Über einen längeren Zeitraum haben die Parteileitungen und Grundorganisationen des Kreiskrankenhauses Crivitz und der Poliklinik Sternberg liberale Positionen zum negativen Verhalten leitender Ärzte eingenommen.« Gesetzesverletzungen, Straftaten, Eigentums- und andere Delikte mit kriminellem Hintergrund gehörten ebenfalls zum Schwerpunkt »Parteidisziplin«. Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung gehörten hier genauso dazu wie die Einhaltung von Arbeitsschutzbestimmungen oder die Vernachlässigung von gesetzlichen Bestimmungen als Leiter. »So gelang es dem Klassengegner durch Korruption und Bestechung die ehemaligen Genossinnen Kuntoff und Dorau aus der Grundorganisation Bindemittelanstalt Ludwigslust für die Schädigung der Volkswirtschaft der DDR zu gewinnen. Sie fertigten vorsätzlich falsche Dokumentationen über die Mengen der jeweiligen Zementlieferungen an die kapitalistischen Unternehmen in der BRD und Berlin-West an und fügten so der Volkswirtschaft einen Schaden von 547 t Zement bzw. 110 TM zu.« Bei Eigentumsdelikten wurde das Vergehen gegen das »sozialistische Eigentum« politisch und moralisch als schwerwiegender bewertet als das Vergehen gegen Privateigentum. Auch im Strafmaß spielte das eine Rolle. »Von den 28 Genossen, die sich am sozialistischen Eigentum vergan-

gen hatten, wurden zwei mit einer Rüge, zwei mit einer strengen Rüge bestraft und 24 aus der Partei ausgeschlossen.« Gerügt wurde aber auch von der BPKK, daß »Unordnung, Schlamperei und blindes Vertrauen in einzelnen Betrieben und Einrichtungen« derartige Vergehen begünstigten. Verfehlungen mit kriminellem Hintergrund. Wenn es in solchen Fällen zu gerichtlichen Verhandlungen und Verurteilungen kam, war ein Parteiausschluß generell die Folge. Die Partei wollte sich von jeglichen kriminellen Handlungen ihrer Mitglieder distanzieren und in der Bevölkerung als Partei der »Ordnung und Sauberkeit« anerkannt werden.

Parteistrafen wurden als eine Parteierziehungsmaßnahme betrachtet. Deshalb hatte der Genosse auch das Recht, an den Verhandlungen in der PKK teilzunehmen und sich zu verteidigen. Hiervon machten allerdings nur ein kleiner Teil gebrauch. Sollte er mit der Parteistrafe nicht einverstanden sein, hatte er das Recht, Einspruch bei der übergeordneten Leitung einzulegen. Hier wurde entschieden, ob dem Einspruch stattgegeben wurde oder nicht. Nicht selten wurde auch das Strafmaß bei derartigen Einsprüchen neu festgelegt. Das jeweilige Sekretariat der Kreis- oder Bezirksleitung faßte einen Beschluß über die Parteistrafe. Erst dann war die Parteistrafe wirksam.

Die PKK arbeitete eng mit der Stasi zusammen. In Fällen von Parteifeindschaft und innerer Opposition lieferte die Stasi häufig die »Beweise«. Die Verletzung des Postgeheimnisses gehörte zu den »Gepflogenheiten« in der Arbeit der Stasi. Ein Sohn, der seinen »Ehrendienst bei der NVA« leistet, schreibt seinem Vater einen Brief, in dem er sich über seinen Vorgesetzten beschwert. Er schreibt: *»Ich habe kaum einen, dem ich hier voll vertrauen kann. Da bleibt nur der Regimentskommandeur, doch man hat mir gleich gedroht, daß der gegen Parteifragen auch nichts machen kann. Schlimmer als im Bürgertum und ich als Mittel zum Zweck. Jetzt muß ich aufpassen, daß man mich nicht kaputt spielt, denn an der Sache stimmt wirklich nichts.«* Dieser Brief wurde »zur Kenntnisnahme und weiteren Bearbeitung« an die Abteilung Sicherheit der Bezirksleitung der SED geschickt.

Die Verhandlungen in den PKK waren häufig vergleichbar mit den der Inquisition des Mittelalters. Der »Angeklagte« wurde genötigt, seine »Schuld« einzuzugestehen und sich selbst als Feind der Partei zu bezichtigen. Arrogant verhielten sich die Mitglieder der Kommission gegenüber dem angeklagten Genossen immer dann, wenn es gegen sogenannte Parteifeinde ging. Sie zeigten ihre Macht und standen stets auf dem Standpunkt, daß sie unfehlbar seien in ihrem Anspruch auf Wahrheit.

Es gab in der SED aber auch massenhaft Denunziationen, mit denen Genossen die Kreis- oder Bezirksleitung über das Denken und Verhalten von anderen Genossen »informierten«. Ein Genosse Bergmann und eine Genossin Voigt berichteten in einer Eingabe an den 1. Sekretär der BL Ziegner: *»Die Schüler der Klasse 11 R wurden durch den Klassenlehrer Kletschkowski beauftragt, eine Definition über den Begriff Politik auswendig zu lernen, die politisch falsch, opportunistisch und feindlich ist. Kletschkowski hat diese Definition einem Sammelband 'Sprache und Gesellschaft' aus der BRD übernommen.«* In einer anderen Information heißt es: *»Die BPKK wurde darüber informiert, daß der Staatsbürgerkundelehrer, Genosse Selke, nicht immer partei- und klassenmäßige Positionen vertritt. Vor dem 13. 12. 1981, als wir den Standpunkt vertraten, die VR Polen ist und bleibt fester Bestandteil der sozialistischen Gemeinschaft, vertrat er in einer Klasse die*

Auffassung, daß er persönlich die VR Polen als sozialistischen Staat abgeschrieben hat. In einer Unterrichtsstunde hat er vor den Schülern erklärt, ob sie Westfernsehen empfangen oder nicht empfangen, müssen sie selbst entscheiden. Er würde sich Sendungen im Westfernsehen ansehen.« In beiden Fällen wurden »partei-erzieherische Maßnahmen« von der Parteileitung der EOS eingeleitet und die Genossen zur Verantwortung gezogen, was von der BPKK ausdrücklich verlangt wurde.

In der SED gab es seit ihrer Gründung im Jahre 1946 stets eine innere Opposition zur Parteiführung und der offiziellen Linie in der Parteipolitik. Man kann davon ausgehen, daß etwa 10 Prozent der Parteimitglieder dieser inneren Opposition angehörten und aus der Partei ausgeschlossen wurden. Besonders seit Gorbatschow in der Sowjetunion einen neuen Kurs einschlug, war das eine Ermutigung für die Opposition in der SED. Es gibt zahlreiche Zeugnisse über den Mut von Genossen, wie sie gegen den Einmarsch des Warschauer Vertrages 1968 in Prag protestierten, gegen die »Hilfe der Sowjetunion« für Afghanistan, gegen die Menschenrechtsverletzungen in der DDR, gegen die Schüsse an der innerdeutschen Grenze eindeutig Stellung bezogen. Die BPKK Schwerin berichtet *»Über Auswirkungen feindlicher Einflüsse auf einzelne Parteimitglieder« 1984: »Sieben ehemalige Genossen, 1983 war es ein Genosse, sprachen sich gegen die vorgesehenen Maßnahmen der Sowjetunion, der CSSR und der DDR zur Wahrung des militärischen Gleichgewichts aus bzw. traten gegen die entsprechenden Beschlüsse des Nationalen Verteidigungsrates der DDR auf. Sie vertraten solche Auffassungen, wie: 'Wenn die Russen nicht zuerst ihre SS-20-Raketen mit Mehrfachsprengköpfen aufgestellt hätten, dann brauchten die USA keine neue Atomraketen in Westeuropa zu stationieren.' und 'Wenn wir die Raketen auf unserem Territorium stationieren, dann sind wir nicht besser, als die da drüben in der BRD. Wir sollten uns mehr bemühen, zu verhandeln.' Diese ehemaligen Parteimitglieder unterlagen dem Einfluß der feindlichen Massenmedien und waren durch sie ideologische aufgeweicht.«* Sie wurden neben dem Ausschluß aus der SED häufig mit Berufsverbot belegt. Manchmal gebrauchte man Vorwände, um sie einzusperren und sie dann in den Westen abzuschieben.

Es gab aber auch Genossen, die ihren Protest gegen die Verhältnisse in der SED und der DDR mit einem Ausreiseantrag zum Ausdruck brachten. Besonders in der zweiten Hälfte der 80er Jahre hatten die Parteikontrollkommissionen mit derartigen »Vorkommnissen« zu tun.

Klaus Schwabe, Dr. phil., geboren 1944, Sachgebietsleiter im Mecklenburgischen Landeshauptarchiv, Schwerin. - Dem Artikel liegt das Manuskript des Referats zugrunde, das der Autor am 3. Juni 1994 in Schwerin auf der Fachtagung »Bilanz der zweiten deutschen Diktatur - erste Bewertung des SED-Archivmaterials aus dem Landesarchiv Greifswald, Schwerin und dem SED-Hauptarchiv« gehalten hat.